

Konstanz und Wandel der politischen Kultur in Baden-Württemberg

Im Blick auf die Landtagswahl vom 27. 3. 2011

Ein Versäumnis der Parteienforschung, insbesondere auch der Parteiengeschichtsschreibung ist, dass Parteiengeschichte weitgehend auf Organisationsgeschichte, Programmgeschichte, Personalgeschichte und Koalitionsgeschichte (wer mit wem zu welcher Zeit) reduziert ist. Außen vor bleibt weitgehend die historische Verwurzelung von Parteien und Parteiensystemen in der jeweiligen politischen Kultur. Aber gerade darin liegt der Erfolg – oder auch Misserfolg – von Parteien begründet. Diesen **Zusammenhang zwischen Parteien und Parteiensystem einerseits und politisch-kulturellem Hintergrund andererseits** werde ich am Beispiel Baden-Württemberg aufzuzeichnen versuchen. Sinn macht eine solche Regionalisierung, weil Deutschland als verspätete Nation (Helmut Plessner) politisch-kulturell als vorwiegend regional gesplittet zu begreifen ist – und damit auch seine Parteien und Parteiensysteme. Das trifft auch auf die Ebene unterhalb der heutigen Ländergrenzen zu, so auch auf Baden-Württemberg, das als junges Bundesland erst 1952 gegründet worden ist; wie auch auf die Vorgängerländer Württemberg, Baden und Hohenzollern/Preußen, die ihre Existenz erst der napoleonischen Staatenpolitik verdanken. Auch hier hatten sich intern Regionalismen ausgebildet, die in ihrem neuen politischen Rahmen Probleme schufen.

Von der Parteienforschung her gesehen sind in Hinblick auf die politische Kultur u. a. von Interesse: politische Partizipation, Wahlverhalten, Parteiidentifikation, als Teil der Gesamtpalette menschlichen Verhaltens, das als Gruppenverhalten sichtbar wird, das sich durch kollektive Bindungen definiert, die sich innerhalb von Grenzen historisch herausgebildet haben. Wahlverhalten – und in Konsequenz daraus auch aktuelle Parteiensysteme - erscheinen somit politisch-kulturell vermittelt und sind aus diesem Kontext heraus zu verstehen.

Historizität bedeutet immer zweierlei: einerseits Konstanz, mitgeschleppte historische Erfahrungen, Erbe. Andererseits ist Geschichte auch ein permanenter Wandlungsprozess: Konstanz und Wandel zugleich. Das trifft auch auf Parteien und Parteiensysteme zu. Bei allem Wandel sollte man also die Phänomene der „longue durée“ nicht übersehen, die über

Jahrzehnte, ja über Jahrhunderte hinweg verblüffend konstant bleiben können. Es gilt somit, auf beides sein Augenmerk zu richten: auf Konstanz und Wandel von politischen Kulturen und ihren Einfluss auf Wahlverhalten, Parteien und Parteiensysteme. Als Fragen drängen sich auf: Warum, z.B. bedeutet ein hoher **Katholikenanteil** im Allgemeinen einen hohen Stimmenanteil für die CDU? Oder anders herum: Warum ist die SPD besonders chancenreich in protestantischen Gebieten, zumal wenn sie zugleich gewerbereich sind? Damit ist aber schon die Frage nach dem **abweichenden Fall Baden-Württemberg** gestellt, insbesondere was den bevölkerungsstarken und gewerbereichen Mittleren Neckarraum betrifft, weit herum um Stuttgart, der protestantisch dominiert ist.

Betrachten wir den **sozialgeschichtlichen Hintergrund** der aktuell bestehenden Parteien in Baden-Württemberg, jede für sich. Dabei können wir den theoretischen Rahmen von Lipset und Stein Rokkan zugrunde legen, mit den vier Konfliktlinien (**cleavages**), die die Parteiensysteme in Westeuropa geprägt haben sollen: Zentrum – Peripherie, Stadt – Land, Staat – Kirche, Kapital – Arbeit – und schauen dann, wie weit wir damit kommen.

Die längste Tradition weisen die **Liberalen** auf, als eine ursprünglich umfassende Volksbewegung zur Durchsetzung bürgerlicher Mitsprache im Zuge des Demokratisierungsprozesses gegen Adel und Monarchie – eine Konfliktlinie, die bei Lipset/Stein Rokkan fehlt. Ein Höhepunkt in dieser Konfliktgeschichte ist die Revolution von 1848/49, die in Baden – aber auch im kleinen Hohenzollern - erfolgreich war und bekanntlich nur mit Truppen von außen niedergeschlagen werden konnte. Erst später und mit zunehmendem Erfolg differenzierte sich diese bürgerliche Emanzipationsbewegung entlang unterschiedlicher Interessen. Die liberale Bewegung spaltete sich auf entlang der Interessenlagen Landwirtschaft – Industrie, Freihandel – Schutzzoll, oder in Hinblick auf die künftige Gestaltung Deutschlands in großdeutsch (mit Österreich) oder kleindeutsch (unter preußischer Führung).

Abgespalten haben sich die **Katholiken**, nachdem sich die katholische Kirche, ultramontan geworden, gegen die Moderne (einschließlich Aufklärung und ideologischen Liberalismus) neu formiert hatte und damit in Frontstellung zum aufgeklärt-liberalen Staat geraten war.

Dieser „Kulturkampf“ wütete in **Baden** zwischen 1860 und 1876 mit äußerster Heftigkeit und führte 1869 zur Gründung der Zentrumspartei als politischem Arm des Katholizismus, als einer die sozialen Schichten überwölbenden Volkspartei, der ersten ihrer Art, auf der Grundlage der Konfessionszugehörigkeit. Die Ungeschicklichkeiten des Staates führten dazu, dass Zentrum-wählen zum Ausfluss des Bekenntnisses wurde. Das gilt in dieser Deutlichkeit zunächst nur für Baden. Auf dieser Grundlage beruhen bis heute immer noch die Erfolge der CDU in Baden, dort ist die Partei eine Kulturkampfpartei, eher kämpferisch aufgestellt.

Anders in **Württemberg**, wo es zwar durchaus Einflüsse des Ultramontanismus gab, aber sowohl Staat als auch katholische Kirche alles taten, um einen Kulturkampf zu vermeiden. So konnte der Rottenburger Bischof Hefele verhindern, dass in Württemberg eine konfessionelle Partei gegründet wurde: Erst nach seinem Tod wurde 1895 in Ulm die württembergische Zentrumspartei gegründet, ein absoluter Nachkömmling (zur Erinnerung: in Baden 1869). Die Partei stand damit nicht in der Tradition des Kulturkampfes. Vielmehr versuchte sie, neuwürttembergische, insbesondere oberschwäbische Minderwertigkeitsgefühle zu artikulieren, zu organisieren und die Interessen dieser Neuerwerbungen nach Stuttgart zu transportieren, nicht zuletzt auch im Sinne von und Mitteln der Personalpolitik, bis heute. Sicher, das gemeinsame, einigende Band war auch hier die katholische Konfessionszugehörigkeit, aber in erster Linie war die Partei eine Partei auf der Konfliktlinie Zentrum – Peripherie. Das hat sich mit dem Auftreten der CDU dort nicht grundlegend geändert.

Wieder anders die Situation im protestantisch geprägten **Mittleren Neckarraum**, wo die CDU als betont überkonfessionelle Partei mit starkem evangelischen, ja pietistischen Einschlag gegründet worden ist, so von Wilhelm Simpfendorfer und Paul Bausch, beide aus Korntal und von 1930 bis 1933 für den protestantischen Christlich Sozialen Volksdienst im Reichstag. Der erste dann langjähriger Kultusminister (1946/47 und 1953 bis 1958), der andere CDU-Bundestagsabgeordneter (1949 – 65). Andere kamen dazu, wie der ehemalige CVJM-Generalsekretär und CDU-Abgeordnete Gustav-Adolf Gedat (MdB 1953 -65), der als Prediger auch aus dem Steinlachtal (WK Tübingen) der CDU die Stimmen brachte.

Als protestantisch grundierte Partei konnte die **CDU in Württemberg auch den Liberalen** langfristig Stimmen abnehmen, nicht unbedingt für immer: Hier liegt ein **Wechselwählerpotenzial**, das zwischen CDU und Liberalen zu pendeln vermag – woraus in der gegenwärtigen Situation sowohl CDU als auch FDP ihre Hoffnung schöpfen können.

Im **großstädtischen Raum**, namentlich in Stuttgart, gelang der CDU zumindest vorübergehend ein gewisser Erfolg, wo sie sich liberal aufzustellen wusste und damit den klassischen Liberalen Stimmen abgewann. Ja, sie konnte sogar an das urbane Lebensgefühl andocken. Symbolfigur dafür war Günther H. Oettinger mit seinem persönlichen liberal-libertinistischen Lebensstil, mit dem er aber anderswo aneckte.

Deutlich geworden ist somit, dass die CDU – zugespitzt formuliert - im Grunde ein eher **regional ausgerichtetes Parteienbündnis ist**, das ein nicht unerhebliches Konfliktpotenzial in sich birgt und nicht zuletzt durch den Willen zur Macht bzw. zum Machterhalt zusammen gehalten wird. Symptomatisch ist, dass ein gemeinsamer **Landesverband erst 1971** gegründet worden, doch nach wie vor sind die vier Landesverbände von erheblicher Bedeutung.

In der schwierigsten Lage befindet sich die **SPD**, und das nicht erst seit heute, mit 23,1% bei der Wahl von 2011 als schlechtestem Ergebnis. Als die Sozialdemokraten im 19. Jahrhundert im deutschen Südwesten auftraten, war für sie eigentlich, insbesondere in Württemberg, **keine Marktlücke** da: Mit den liberalen „Demokraten“ existierte im protestantischen Württemberg bereits eine Kleine-Leute-Partei, an der auch die entstehenden Arbeitervereine andockten. Auf katholischer Seite erhob das Zentrum den Anspruch, auch Arbeiterpartei zu sein, mit dem Arbeitnehmerflügel der CDU ist das bis heute so geblieben. Lediglich in den früh schon industrialisierten Zentren wie Stuttgart, Esslingen, Heilbronn und vor allem Mannheim konnte sich eine ausgesprochen Arbeiterkultur entwickeln. Als ein steiniger Acker erwies sich vor allem die politische Kultur im protestantischen Altwürttemberg mit seiner Erbsitte der **Realteilung**, nach der alle Geschwister erbberechtigt sind. Brüderlichkeit ist keine altwürttembergische Tugend, die eigenen Geschwister sind Rivalen, im Erbfall bricht der Konflikt offen aus. Solidarität als Grundlage der Arbeiterbewegung konnte sich schon im

familiären Umfeld kaum entwickeln. Die zersplitterte Flur, die verwinkelte Dorfstruktur mit komplizierten Eigentumsverhältnissen boten eine Fülle von Konflikthanlässen, die nur durch Disziplinierung in Kooperation von Kirche und Staat nieder gehalten werden konnten. Disziplinierung war zudem geboten – mit Erziehung zu Fleiß, Ordnungssinn etc. - um wirtschaftlich überleben zu können. Da der kleine Besitz Einen vielfach nicht recht ernähren konnte, musste man sich was einfallen lassen: der typische schwäbische Tüftler entstand so, der Probleme erkennt, auf sich allein gestellt über Lösungen nachdenkt und keine Ruhe gibt, bis er Erfolg hat. Mit diesem Schema kann man sowohl **Georg Elser, den Hitlerattentäter**, als auch **Helmut Palmer, den Remstalrebell**, erklären. Gleichzeitig hing man aber – und tut es bis heute – an seinem auch noch so kleinen Besitz. Ein individualistisches Gesellschaftsbild entstand so („Jeder ist seines Glückes Schmid“, jeder kann es zu etwas bringen, wenn er sich nur anstrengt), mit einer Abneigung gegen alle Experimente, die Einen ja auch um den noch so kleinen Besitz bringen könnten. Konservatismus, Organisationsfeindlichkeit, aber auch – auf Grund der Frömmigkeitserziehung - Ablehnung von innerweltlichen Heilsversprechen sind die **Grundmuster des Verhaltens**, die eher zu den Liberalen, aber auch zur CDU passen als zur SPD. Die dezentrale Industriestruktur tut ein Übriges: Im Land der **Berufspendler** definiert man seinen sozialen Status eher von der Rolle in der Dorfgesellschaft als von seiner Fabrikätigkeit her. Eine Antwort der Sozialdemokratie war, sich den liberalen Wertmustern anzupassen, sich auf die Forderung nach Chancengleichheit zu konzentrieren und den Zugang zu bürgerlichen Errungenschaften zu betreiben: Denken Sie an die „Naturfreunde“, die „Waldheime“ rund um Stuttgart. Welche Zukunftsperspektiven und Konzepte sich für die SPD heute ergeben? Da bin ich überfragt. Vielleicht vermag die Runde im Anschluss eine Antwort zu geben. Zumal die sich ausbreitende Dienstleistungsgesellschaft den Anteil der Arbeiterschaft schrumpfen lässt. Und als Lehrerpartei hat die SPD in den Grünen Konkurrenz gefunden.

Ein Neuankömmling in der Parteienlandschaft sind die **Grünen**. Es ist eine Bewegung, die über die Zukunft der Industriegesellschaft nachdenkt, über deren negative Folgen insbesondere für die Umwelt aufgeschreckt ist, die auf der Grundlage der sich ausbreitenden **Bildungsreform** und dem umgreifenden **Wertewandel** sich nicht nur zum politischen Eingreifen aufgefordert sieht, sondern sich auch in der Lage befindet, sich zu artikulieren, zu organisieren und zu partizipieren, **Wühl** steht hier als Fanal. Die etablierten Parteien haben das nicht rechtzeitig – oder gar nicht - wahr genommen, verharrten in verkrusteten Strukturen, setzten auf den Einsatz von Machtmitteln. Nicht zufällig begann z. B. die politische Karriere von **Oswald Metzger** Ende der 70er Jahre mit der Herausgabe eines

kleinen Oppositionsblatts – nicht zufällig mit dem Namen „Der Motzer“ - gegen die marktbeherrschende Tageszeitung, in dem er Missstände anprangerte, durchaus im aggressiven Ton. Sein Weg führte weiter zur erfolgreichen Organisation von Widerstand gegen die Entscheidung von Bürgermeister und Gemeinderat von Bad Schussenried, ein selbstverwaltetes Jugendhaus nicht zuzulassen. Unter Respektierung des repräsentativen Systems und wohl vertraut mit den demokratischen Erfolgsgesetzen gründete er 1980 für die anstehende Kommunalwahl eine eigene Jugendliste („Unabhängige Liste“), die auf Anhieb nach der CDU die zweit stärkste Gruppierung im Gemeinderat wurde. Diese arbeitete erfolgreich mit Teilen der CDU zusammen, da eine Kooperation mit der SPD am Ort keine Mehrheit liefern konnte. Die weitere Geschichte kennen Sie, der Übertritt von Oswald Metzger zur CDU mag viele vielleicht überraschte haben, denkbar war er allemal. „Verlorene Söhne – und Töchter“ können zurück kommen. Schließlich sind die Grünen im oberschwäbischen Raum, **realo** ausgerichtet, im Grunde Fleisch vom Fleische der CDU, sehr wörtlich: oftmals Töchter und Söhne von CDU-Mandatsträgern, einen Konflikt im Elternhaus gibt es deswegen kaum. Schon bei den Wahlen im **Superwahljahr 2009 z. B. im Bodenseekreis** – die Wahlergebnisse habe ich ausgewertet – hatte die CDU dort kräftig Federn lassen müssen, blieben zwar stärkste Partei, doch nur in Friedrichshafen war die SPD zweitstärkste Partei. Bei der Landtagswahl 2011 fällt beispielsweise auf, dass in der zweitgrößten Stadt des Bodenseekreises, in Überlingen, der Grünen-Kandidat Martin Hahn mit sieben Stimmen vor dem CDU-Kandidaten, dem früheren Minister Ulrich Müller, lag, trotz einer Alters- und Sozialstruktur in Überlingen – teure Seniorenresidenzen! - die in der Regel für die CDU als günstig angesehen wird. Dass der erfolgreiche Grünen-Kandidat mit der CDU-Oberbürgermeisterin Monika Becker liiert ist, passt durchaus ins Bild. - Der frühere langjährige Landrat von Ravensburg **Dr. Guntram Blaser** sowie der ebenso langjährige Oberbürgermeister von Ravensburg **Hermann Vogler** galten zu Recht als grüne Schwarze, die als CDU-Mitglieder eine grüne Politik betrieben haben. Das knapp 5000-Einwohner Dorf **Maselheim** im Landkreis Biberach wählte bereits 1991 mit Elmar Braun den ersten hauptamtlichen grünen Bürgermeister in Deutschland, er wurde immer wieder gewählt und ist heute noch im Amt. Es ist **die Nähe zwischen CDU und Grünen, die den Parteiwechsel bei der Stimmabgabe begünstigt**. Eine Warnung vor den Grünen würde ins Leere gehen.

Von der allgemeinen, langfristigen Betrachtung nun zum Schluss ein **Blick auf das Ergebnis der Landtagswahl vom 27. 3. 2011.**

Das Wahlergebnis mit dem **Erfolg der Grünen** ist auf das Zusammentreffen mehrerer für die Grünen glücklicher Umstände zurück zu führen:

1. Längst schon hatte sich **der Einbruch der Grünen in das katholische Milieu** angebahnt, in dem sich die Grünen als glaubhafte und wählbare Alternative zur bis dahin dort dominierenden CDU etablieren konnten. Als Exponent kann der neue Landesvater Winfried Kretschmann gelten, seit längerem schon Mitglied im Zentralkomitee Deutscher Katholiken und im Kuratorium der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Ähnlich gelang den Grünen der Einbruch in die Großstadt-Gesellschaft, da sie besser zum dort vorherrschenden liberal-individualistischen Lebensgefühl passten. Für beide Milieus sind der Einsatz zum **Erhalt der Schöpfung und die Ablehnung von Kernkraft** von erheblicher Bedeutung.
2. Von den etablierten Parteien war weitgehend übersehen worden, dass eine **bürgerliche Protestbewegung** heran gewachsen war, mit der die Erwartung von mehr Partizipation verbunden ist, vor dem Hintergrund höherer Qualifikation, die die **Bildungsrevolution** mit sich gebracht hat. Von der etablierten Politik – einer **bastapolitik** – fühlte man sich hintergangen, die sich nach wie vor in wenig transparentem, engem repräsentativen Rahmen bewegte und dort eine Politik von Unumkehrbarkeit und Alternativlosigkeit betrieb, Hände reibend und letztlich dem Sinn von Demokratie zuwider handelnd. **Die Grünen** wurden als **Lichtblick und als „Aufbrecher“** verhärteter, verkrusteter Strukturen wahrgenommen. Der Protest gegen „Stuttgart 21“ präsentierte sich als Fanal, die Grünen als im Parlament vertretene Partei konnte die **Verbindung zwischen „alter“, repräsentativer Demokratie und „neuer“ Volksbewegung** in Aussicht stellen, versprach also einen Einflusskanal von „unten“ nach „oben“. Von daher konnte die Bewegung friedlich gehalten werden, da sie einen Hoffnungsschimmer sah. Es war diese **Klammerfunktion**, die den Grünen ihren Erfolg mit ermöglichte.
3. Personell und programmatisch befand sich **die CDU** in Baden-Württemberg zur Zeit der Wahl **nicht in Hochform**. Als unzureichend, unqualifiziert, ja unsympathisch wurde das Personalangebot der regierenden Parteien wahrgenommen, bis weit in die Anhängerschaft der Regierungsparteien hinein („Mappus-Phänomen“). Das verstärkte noch die stark verbreitete **Wechselstimmung**, die bis weit in die CDU-Anhängerschaft hinein reichte. – Auch von **Berlin** her wehte nicht gerade Rückenwind. Nicht nur die Rücksichtnahme auf den Koalitionspartner FDP ließen Irritationen über den Kurs der CDU entstehen.

4. **Fukushima** offenbarte den Bankrott der bisherigen Energiepolitik, die sich auf die Laufzeitverlängerung der bestehenden Atomkraftwerke versteift hatte und damit den bereits ausgehandelten Kompromiss zwischen Energiewirtschaft und (rot-grüner) Regierung zu Fall gebracht hatte. Die Brücke im Rahmen der verkündeten „Brückentechnologie“ brach ein und fiel den Vertretern der Laufzeitverlängerung voll aufs Haupt. Dazu gehörte auch die bisherige baden-württembergische Landesregierung, die die Politik in Berlin voll unterstützt hatte – nebenbei: ohne Not. So lässt sich feststellen: Für den Atom-Gau in Fukushima konnten weder die Regierung in Berlin noch in Stuttgart etwas – aber dass es beide voll treffen konnte, daran waren sie durchaus schuld! Wir können zwar davon ausgehen, dass vor der nächsten Landtagswahl sich nicht wieder ein spektakulärer Atomumfall ereignen wird. Damit ist die Ablehnung dieser Energie aber nicht vom Tisch. **Tschernobyl von vor 25 Jahren und Fukushima 2011** waren für die Bevölkerung **Schlüsselerlebnisse** – pietistisch ausgedrückt: Erweckungserlebnisse - , die auch für künftige Wahlen wirksam bleiben.
5. Mit dem neuen **Atom-Konsens** zwischen nahezu allen Parteien droht jedoch den Grünen, ihr Jahrzehnte langes Kernprodukt abhanden zu kommen. Um sich am politischen Markt in der inzwischen erreichten Stärke halten zu können, müssten sie diesen Ausstieg aus der Atomenergie produktiv kompensatorisch („erneuerbare Energien“) begleiten, in Hinblick auf einen „**ökologischen Umbau**“ der Gesellschaft – ein Vorhaben, von dem allerdings erst Umriss – man könnte auch böse sagen: Schlagworte - existieren. Allerdings scheint eine **energiepolitische Aufbruchstimmung** ausgebrochen zu sein, die über den Wahltag hinausreicht. Um erfolgreich sein – und bleiben – zu können, braucht eine Regierung ein „**Projekt**“, eine überzeugende Zielsetzung zur Legitimierung ihrer Herrschaft. Das Wahlergebnis, die Mehrheitsbildung reichen dafür nicht aus. Die Regierungen Schröder und Merkel sind ein Beleg dafür. Für die Grünen ist die gegenwärtige energiepolitische Aufbruchstimmung eine Chance.
6. Aus der Perspektive der **Landes-CDU** betrachtet war der Ausschluss aller Optionen für eine mögliche Regierungsbildung nach der Landtagswahl 2011 – mit Ausnahme Schwarz-Gelb – kein Fehler: Es war eine Dummheit.